

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerechtfertigt für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 16

Freitag, den 20. Januar 1928

101. Jahrgang.

Der Reichshaushalt für 1928

Die Finanzpolitik des Reiches

U. Berlin, 20. Jan. In der gestrigen Sitzung des Reichstages gab Reichsfinanzminister Dr. Kähler zunächst einen Rückblick auf die Verhältnisse vor einem Jahre. Damals mußte die Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands mit großer Sorge erfüllt sein. Vor allem war die Zahl der Erwerbslosen noch immer gefährlich groß. Der monatliche Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge, der vom 1. April 1927 an ganz vom Reich bestritten werden sollte, betrug etwa 40 Millionen, und der Haushalt enthielt keine ausreichenden Mittel für diese Zahlungen. Den Beamten und Kriegsbeschädigten mußten die Bezüge erhöht werden und von den Liquidationsgeschädigten wurde eine alsbaldige ausreichende Schlußentschädigung verlangt. Woher die Mittel für die Befriedigung all dieser Anforderungen kommen sollten, war bei der damaligen Wirtschaftslage nicht zu ersehen. Der Etat bot hierfür keinen Rahmen.

„Ich war“, so fährt der Minister fort, „angesichts dieser Gesamtlage berechtigt und verpflichtet, meinen Besorgnissen offen Ausdruck zu geben, und ich befand mich mit dieser Auffassung im Einklang mit der Meinung vieler namhafter Wirtschaftsführer und Politiker. Daß dennoch die an das Reich gestellten Anforderungen im Laufe des Jahres 1927 erfüllt werden konnten, liegt an dem nicht voraussehbaren Aufschwung, den das Wirtschaftsleben genommen hat. Die Produktionsziffern hoben sich fast auf allen Gebieten. Die Wirtschaft war überraschenderweise in der Lage, nach und nach fast die gesamten 1,5 Millionen Arbeitslosen in sich aufzunehmen.“

Ein Jahr guter Konjunktur liegt hinter uns.

Es hatte für die Reichsfinanzen zwei erfreuliche Ergebnisse. Einmal wurden die Mittel der Erwerbslosenfürsorge in einem erheblich geringeren Umfang in Anspruch genommen, als vorausgesehen war. Von den vorgesehenen 450 Millionen werden nur 270 Millionen dafür verbraucht werden und wir ersparen mithin etwa 180 Millionen. Die zweite Folge des wirtschaftlichen Aufschwunges war ein erhebliches Mehraufkommen an Steuern und Verbrauchsabgaben. In den neun Monaten April bis Dezember 1927 haben die Besitz- und Verkehrsteuern, die Zölle und Verbrauchsabgaben zusammen 6,3 Milliarden erbracht. Das bedeutet gegenüber dem Haushaltslohn ein Mehr von über 500 Millionen. An die Länder ist gegenüber der Garantiesumme eine Mehrüberweisung in Höhe von 88 Millionen in diesem Dreivierteljahr erfolgt. Das Gesamtergebnis dürfte jedenfalls sein, daß neben einer recht erheblichen Mehrüberweisung an die Länder dem Reich ein Mehraufkommen von nicht unter 500 Millionen verbleibt. Der Mehrertrag wird zum allergrößten Teil durch den Nachtragshaushalt aufgezehrt werden. In diesem werden rund 160 Millionen für die Erhöhung der Kriegsbeschädigten- und Beamtenbezüge angefordert. Ferner 160 Millionen für die Barzahlungen nach dem Kriegsschadenschlusgesetz. Dazu kommen Beträge wie das bereits angelegte Westgrenzprogramm, für die Einleitung und Durchführung des Ostpreußenprogramms, zur Behebung der Unwetterschäden in Sachsen, Pommern usw. Insgesamt wird der Nachtragshaushalt nicht mehr wie 500 Millionen erfordern, so daß noch 150 bis 180 Millionen Mark an Ersparnissen verbleiben werden.

Das Wirtschafts- und Aufräumungsjahr 1927 wird also trotz der Mehrbelastungen einen Überschuss etwa in gleicher Höhe erbringen, wie es ihn aus dem Jahre 1926 übernommen hat. Es wird im ganzen in sich balanzieren. Das ist ein Fortschritt gegenüber 1926, wo sich bei Berücksichtigung des aus dem Vorjahre übernommenen Überschusses ein Fehlbetrag von 200 Millionen ergab. Von dem zu erwartenden Überschuss sind 160 Millionen in den Etat für 1928 eingestellt worden. Sollte ein höherer Überschuss erzielt werden, so wird der Rest zur Abdeckung des noch immer hohen Anleihebedarfs verwandt werden.

Der Minister wendet sich dann dem

Etat für 1928

zu, dem ersten Etat mit der Normalbelastung des Dawesplanes. Bei dem neuen Etat galt es, die mehrfachen Anfeindungen parlamentarischer Wirtschaft in die Tat umzusetzen. Man kann ihn deshalb mit Recht als Etat der Sparsamkeit bezeichnen. Trotz neuer zwangsläufiger Ausgaben ist es gelungen, ohne Steuererhöhung zu balanzieren. Der Rettbedarf des Reiches für seine gesamten Verwaltungszwecke, der vor dem Kriege rund 2,4 Milliarden, im Jahre 1926 rund 2,5 Milliarden betrug, ist im neuen Etat

auf rund 1,7 Milliarden gesunken. Im außerordentlichen Etat ist erreicht, daß keine neue Anleihermächtigung erforderlich ist. Der Etat für 1928 schließt im Ordinarium mit 9,556 Milliarden, im Extraordinarium mit 146 Millionen, zusammen mit 9,7 Milliarden in Einnahme und Ausgabe ab. Das bedeutet zusammen ein Mehr von 367 Millionen gegenüber dem Vorjahre, also ein Mehr, das noch nicht die Erhöhung der Reparationslast mit 396 Millionen erreicht. Unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Ist-Ergebnisses des Jahres 1927 wird die Gesamtausgabe des Jahres 1928 sogar rund 100 Millionen niedriger sein. Das Steueraufkommen ist gegenüber dem Soll von 1927 um 942 Millionen höher geschätzt. Diese zunächst erschreckende Höferschätzung gewinnt ein anderes Aussehen, wenn man berücksichtigt, daß das tatsächliche Aufkommen von 1927 allein ein Reitemehr von wenigstens 500 Millionen für das Reich ergeben wird. Die Schätzung des Steueraufkommens wird bedingt durch die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage. Die Konjunktur scheint ihre Höhe erreicht zu haben, es liegen aber keine Anzeichen dafür vor, daß sich ein erheblicher Rückschlag oder gar eine Krise vorbereite. Eine Teuerungsspsychose wäre die größte Gefahr, die unserer Wirtschaft im Augenblick entstehen könnte. Die Förderung des Exports wird sich die Reichsregierung auch weiterhin angelegen sein lassen. Ein besonders schwieriges Kapitel bildet besonders die wachsende Verschuldung der Landwirtschaft.

Die Einnommen- und Körperschaftsteuern werden zusammen auf 3,450 Millionen geschätzt, 430 Millionen mehr als das Soll des Jahres 1927. Von diesem Mehr entfallen 100 Millionen auf die Lohnsteuer. Die Erbschafts- und Vermögenssteuer sind unverändert geblieben. Bei der Heraussetzung der Schätzung der Umsatzsteuer auf 1050 Millionen, 150 Millionen mehr als das Soll von 1927, ist zu berücksichtigen, daß durch den Übergang zu den Vierteljahresschätzungen im Jahre 1927 die Umsätze zweier Monate ausfallen. Das bedeutet für 1928 einen Mehrertrag von über 100 Millionen.

Der Minister ging dann auf die einzelnen indirekten Steuern ein, deren Ertrag im allgemeinen nach dem Ist-ergebnis des Jahres 1927 geschätzt worden ist. Die Voraussetzung eines Erfolges des jetzt vorzubereitenden endgültigen Finanzausgleichs sei eine rationalisierte öffentliche Wirtschaft. Der aus 1926 und 1927 übernommene Anleihebedarf sei der dunkelste Punkt in der Etat- und Finanzlage des Reiches. Der Kurs der im Frühjahr 1927 begebenen Reichsanleihe habe fortgesetzt gestützt werden müssen, um nicht zu stark abzusinken. Der Kassenbestand, der Ende 1924 noch eine Milliarde betrug, werde Ende 1928 nur noch 200 Millionen betragen.

Der Minister wies dann darauf hin, daß 1928 in Bezug auf die Reparationsverpflichtungen das erste Normaljahr sei, in dem die deutsche Gesamtwirtschaft den vollen Betrag von 2,5 Milliarden aufbringen soll. Die Vorschläge der Reichsregierung für den Haushalt 1928 lieferten den Beweis, wie ernst es der deutschen Reichsregierung mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen sei. Der Erfolg hänge aber nicht zum geringsten davon ab, daß das Ausland auch seinerseits unserer Ausfuhr die Wege öffnete, die noch verschlossen sind.

Der Reichsfinanzminister erinnerte dann an die Bedeutung des Reparationsagenten, das erwogen werden müsse, die deutschen Reparationsverpflichtungen endgültig zu regeln auf absoluter Basis und ohne Kontrolle von außen. Dazu erklärte er: Der Sachverständigenplan zeichnet selbst die Notwendigkeit vor, eine endgültige Lösung zu suchen, und es heißt nicht ihn abändern, sondern ihn erfüllen, wenn nach hinreichender praktischer Erfahrung die abschließende Regelung gefunden wird.

Eine ungelöste Reparationsfrage ist das Grundübel, an dem nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die anderen in die Weltwirtschaft eingebundenen Völker leiden.

Jede Lösung der Reparationsfrage, die sich mit den wirtschaftlichen Gesetzen in Widerspruch setzt, ist zum Mißlingen verurteilt.

Da im Jahre 1929 die Reparationslast um weitere 300 Millionen steigt, sagt der Minister eine Verschlechterung des Haushalts für 1929 voraus. Zur Deckung komme aber eine Erhöhung der Steuerlast in keiner Weise in Frage. Von besonderer Bedeutung werde es sein, ob durch eine umfassende Umorganisation der Verwaltung des Reiches wesentliche Ersparnisse erzielt werden können. Die Frage ist, ob

Tages-Spiegel

Der Reichspräsident hat das Abschiedsgesuch Dr. Gehlers genehmigt und General Gröner zum Reichswehrminister ernannt.

Reichsfinanzminister Dr. Kähler leitete die erste Sitzung des Reichstags nach den Ferien mit einer großen Eitredede ein.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird demnächst im Reichstag zum auswärtigen Etat sprechen und dabei besonders die Rheinlandräumung behandeln.

Im Bildungsausschuß des Reichstags wurden die Paragraphen 14 bis 17 des Reichsschulgesetzes angenommen.

Staatssekretär Dr. Pänder hat die Regierungen der Länder, die im Verfassungsausschuß des Reichsrats vertreten sind, aufgefordert, möglichst binnen einer Woche ihre Vorschläge für die Delegierten der zweiten politischen Kommission zur Fortsetzung der Beratungen der Ministerpräsidenten zu benennen.

Die französische Kammerkommission zur Kontrolle der Staatsverträge ist Millionenschiebungen bei der Verwaltung des ehemals deutschen Besitzes in Elsaß-Lothringen auf die Spur gekommen.

Länderkonferenz seien, im ganzen gesehen, nicht unbefriedigend. Die Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse ist auf dem Marsche. Grundsätzlich wird für Reich, Länder und Gemeinden die gemeinsame Einordnung in das Gesamtproblem der aus den wachsenden Kriegsverpflichtungen entstehenden erdrückenden Belastung die Hauptsache sein. Die Reform der öffentlichen Verwaltung verträgt keinen Aufschub mehr. Es besteht aber die Gefahr, daß ein baldiges praktisches Ergebnis verhindert oder verzögert wird durch den Versuch, zugleich auch die großen staatsrechtlichen und verfassungspolitischen Probleme, die in der historischen Struktur Deutschlands liegen, zu lösen.

Das Reich will mit der Zusammenlegung von Behörden vorangehen. In verschiedenen deutschen Ländern soll die Zahl der Finanzämter verringert werden. Der Vereinfachung der Verwaltung dient auch die auf Wunsch der Länder eingeleitete Übernahme der Landessteuerverwaltung einzelner Länder auf das Reich. Diesen Gedanken dienen auch die neuen Vorschläge, die die Reichsregierung dem Reichsrat wegen der Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts unterbreiten will. Das Jahr 1928 stellt die Schicksalsfrage an das deutsche Volk, ob wir unserer Zukunft und unseres Glückes eigene Schmelde bleiben wollen, unter Opferung mancher Wünsche und mancher liebgewordenen Traditionen.

Gröner zum Reichswehrminister ernannt

U. Berlin, 20. Jan. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichswehrminister Dr. Gehler auf seinen Antrag vom Amt des Reichswehrministers entbunden und den Reichsminister a. D. Generalleutnant a. D. Gröner zum Reichswehrminister ernannt.

Der neu ernannte Reichswehrminister, Generalleutnant a. D. Wilh. Gröner wurde am 22. November 1867 in Ludwigsburg (Württ.) geboren. Er trat als Fahnenjunker 1884 in das Infanterie-Regiment 121 ein und machte bis zum Jahre 1912 abwechselnd Truppen- und Generalstabdienst. Im Jahre 1912 wurde er als Oberstleutnant Chef der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab. Bei Kriegsausbruch zum Chef des Feldpostens ernannt, erwarb er sich bei der Organisation der Truppentransporte große Verdienste. 1914 Oberst, 1915 Generalmajor, wurde er bereits 1916 zum Generalleutnant ernannt. Für ein Jahr übernahm er das Kriegsamts im Kriegsministerium, 1917 wurde er danach mit der Führung der 32. Infanteriedivision und Ende 1917 mit der Führung des 25. Reservekorps beauftragt, im Jahre 1918 übernahm er den Posten des Generalstabchefs der Heeresgruppe Kiew. Nach Ludendorffs Aufsehen wurde er der 1. Generalquartiermeister an der Seite Hindenburgs, als solcher leitete er den Rückmarsch des deutschen Heeres und die Auflösung der alten Armee. Am 16. Oktober 1919 ließ er sich zur Disposition stellen, nachdem er schon am 25. Juni unter dem Eindruck der Unterzeichnung des Versailler Friedens gegenüber dem Reichspräsidenten Ebert Rücktrittswünsche geäußert hatte. Seit 1920 wurde er als Berater des Reichspräsidenten

Finland und die Frage des baltischen Dreibundes

Von Olaf F. Loda.

Um die Jahreswende wurde in der baltischen Presse wieder die Frage eines baltischen Fünfs- bzw. Dreibundes angeschnitten, wobei man bei einem Fünfsbund an ein Zusammengehen von Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen zu denken hätte, bei einem Dreibund an eine Verbindung lediglich zwischen Finnland, Estland und Lettland. Nach allem, was man bisher hörte, wäre Polen, das mit seinen 27 Millionen Einwohnern die Einwohnerzahl der anderen baltischen Randstaaten zusammen um ein Mehrfaches überragt, daran gelegen, in einem Fünfsbund die Vorhand zu erlangen. Das wiederum erscheint den anderen Staaten infolge des offenen polnischen Vorherrschenschaftsanspruchs in der Dnieu- und der diplomatischen Verwicklungen in Osteuropa, die sich u. a. aus den Bündnisverpflichtungen Polens und dem chronisch-polnisch-litauischen Gegensatz ergeben könnten, gefährlich. Von solchen Erwägungen lassen sich augenscheinlich und namentlich auch jene Deutschbaltischen, die kürzlich in einer Polemik mit estnischen Kreisen, die einen Fünfsbund und eine polnische Schrankenpolitik im Osten befürworten, sich für den Gedanken eines baltischen Dreibundes entziehen.

Der „Stat zu dreien im Baltikum“ und die Frage der aktiven Beteiligung eines Vierten und Fünften bzw. deren Rollenbeschränkung auf den „Nebst“ wird auch weiterhin eine der wichtigsten Ostprobleme bleiben. Wie sehr die Dinge im Baltikum fortgesetzt im Fluß sind, wurde auch aus dem Versuchsbalkon erstlich, den Sowjetrußland um Weihnachten durch seinen Gesandten in Reval aufsteigen ließ und der signalisierte, daß durch den Abschluß eines finnisch-polnischen Militärabkommens der Grundstock zur Bildung eines baltischen Staatenbundes unter polnischer Führung gelegt sei. Gleichzeitig wurde das Gerücht verbreitet, daß der Außenminister in der neuen bürgerlichen Regierung Finnlands, Prokopi, der bisher Gesandter in Warschau war, eine ausgesprochen polenfreundliche Haltung bekunde. Man staunte, als man von dem angeblichen Einvernehmen zwischen den beiden baltischen Flankenstaaten Finnland und Polen vernahm. Bei Bestätigung der russischen „Enttüllung“ hätte man zweifellos vor einer Neuentwicklung im Baltikum gestanden, die von Bedeutung und England und Frankreich nicht unerwünscht gewesen wäre, Rußland aber hemmungslos hätte indes klarte sich die Sache wieder als ein Ausfluß der sowjetrussischen Nervosität dem Baltikum gegenüber. Finnischerseits bezieht man sich, das Gerücht entschieden zu dementieren und festzustellen, daß die Außenpolitik Finnlands der unabhängigen Richtlinie der früheren Regierung folgen und in erster Linie einem guten Verhältnis zu denjenigen Nachbarn gelten werde, mit denen es Interessengemeinschaft verbinde.

Dieser Zwischenfall erfordert in vermehrtem Maße die Beachtung der Sonderstellung Finnlands, dieses geographisch und geschichtlich halb skandinavischen und halb baltischen, seiner Kultur nach jedoch skandinavischen Staates. Wie stark Finnland in kultureller Beziehung nordisch und nicht etwa als Folge seiner zeitweisen Zugehörigkeit zu Rußland slavisch empfunden, kam vor einiger Zeit gelegentlich wieder zum Ausdruck. Da schrieb der finn. Gesandte in Kopenhagen, Setälä, schon bevor das Schicksal Finnland an Schweden geknüpft habe, hätten die Finnen dem nordischen Kulturkreis angehört; nicht ostwärts habe das Volk das Vorbild für seine Gesehgebung und gesellschaftliche Entwicklung gewählt, sondern westwärts, vor allem bei Schweden und den anderen nordischen Ländern. Für den rassenmäßigen Unterschied prägte Setälä übrigens den Ausdruck, die Kultur und nicht die Rasse sei es, die eine Nation schaffe.

Seit Jahr und Tag zeigte man sich in Finnland bemüht, über geistige, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen hinaus auch eine politische Rückenstärkung bei den skandinavischen Staaten zu finden, wobei gewisse, sich aus der breiten Nachbarschaft mit Sowjetrußland ergebende Grenzfragen eine wesentliche Rolle spielen. Das hätte eine Verlegung des Schwergewichts der finnischen Außenpolitik aus dem Baltikum nach Skandinavien bedeutet. Dort aber zeigte man ziemlich kühle Gefühle vor der finnischen Werbung, und es war die Kopenhagener „Politiken“, die gegen Ende 1926 beim Besuch des finnischen Staatspräsidenten Nelander in Schweden, Norwegen und Dänemark die Finnen in bestimmter außenpolitischer Hinsicht nach Estland und Litauen verweisen zu sollen glaubte. Daß die skandinavischen Neigungen Finnlands mit gewissem politischen Unterton noch vorhanden sind, ging unlängst aus Äußerungen des „Hufvudstadsbladet“, des Organs der Schweden in Finnland, hervor, das die Idee eines baltischen Bundes mit Einschluss Finnlands verwarf und die grundsätzliche Bedeutung der Beziehungen zu Skandinavien betonte. Noch sind jedoch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die vorsichtigen skandinavischen Staaten, die ja keine politische Einheit bilden, gewillt sind, die kulturellen Beziehungen sich auch politisch verzweigen zu lassen. So werden die schwedischen Jungkonservativen vorläufig die einzige geschlossene Gruppe bleiben, die, unter gleichzeitiger Eintreten für eine Einheit des Nordens, die Stützung Finnlands durch Schweden eifrig befürworten.

Wie sich das Verhältnis Finnlands zu Skandinavien im einzelnen auch weiter gestalten möge, das Land der Wälder und Seen wird in seiner Politik immer seine Lage an der Schwelle vom Baltikum zum europäischen Norden zu berücksichtigen haben, die es, um mit Prokopes Vorgänger Solomnaa zu reden, gleichzeitig als nordischen und baltischen Staat aufzufassen läßt.

Reichshaushalt und Besoldungsreform

II. Berlin, 20. Jan. Wie die II. aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat die Tatsache, daß entgegen der vom Haushalt zu verlangenden Klarheit und der bisher geübten Praxis im Regierungsentwurf zum Reichshaushalt die Beamtenegehälter und Einstufungen nicht im einzelnen aufgeführt worden sind, zu lebhaften Diskussionen bereits Anlaß gegeben. Von unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß allerdings bei Aufstellung des Haushaltsplanes das neue Besoldungsgesetz mit der Gruppeneinteilung noch nicht vorgelegen hatte. Da es aber haushaltsrechtlich nach Ansicht maßgebender parlamentarischer Kreise unbedingt erforderlich ist, daß nach den Vorschriften der Reichshaushaltsordnung vom 31. Dezember 1922 die im Haushalt vorgesehenen Besoldungen auf die entsprechenden Beamtenstellen aufgeteilt werden, so wird allerdings damit gerechnet, daß die Reichsregierung die entsprechende Aufstellung nachweist und zu ihrer Entlastung für den einmaligen Fall des Etats 1923 einen Gesetzentwurf einbringt, der sie entgegen der bisherigen Haushaltsordnung von der Pflicht zur genauen Aufstellung dieser Beträge entbindet.

Der Etat für Versorgungs- und Ruhegehälter

II. Berlin, 20. Jan. Der Haushaltsausschuß des Reichstages beendete die Beratung des Etats für Versorgungs- und Ruhegehälter. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die Ausgaben dieses Etats 42 Prozent der Gesamtausgaben des Reiches nach Abzug der Steuerüberweisungen und des dauernden Kriegslastenets betragen. Weiter wurde von der Regierung mitgeteilt, daß die Zunahme der Versorgungsberechtigten auf die weitere Verarmung zurückzuführen sei. Im Vorjahre seien 180 000 neue Anträge auf Erneuerung von Besoldigtenrenten gestellt worden. Auch die Anträge auf Bewilligung von Altersrente nahmen zu. Eine Abnahme sei nur bei den Witwenrenten zu verzeichnen. Die Zahl der Versorgungsanwärter aus der alten Armee und den Schwerbeschädigten sei von 20 000 auf 80 000 zurückgegangen. Dazu kämen noch die 10 000 Mann neue Versorgungsanwärter, deren Unterbringung eine große Sorge sei. Der Pensionsetat wurde angenommen.

Aus den Reichstagsausschüssen

II. Berlin, 19. Jan. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte die allgemeine Aussprache beim Etat des Ministeriums für die besetzten Gebiete fort. Der Zentrumsabgeordnete Effer stellte fest, daß an den Mittelstand im Ruhrgebiet im ganzen rund 100 Millionen gestossen sind. Dazu kämen noch die Kredite für den Mittelstand, die Winger usw. in Höhe von 60 Millionen Mark. Trotzdem bleibe die Tatsache der ungünstigeren Behandlung der kleinen und mittleren Unternehmen bestehen. Der Redner beantragte, die in diesem Jahre gestrichlenen 80 000 000 Mark zur Förderung von Wirtschaft und Arbeit im besetzten Gebiet in den Etat wieder einzustellen. Er ersuchte weiter die Regierung, mit den Ländern und Gemeinden in Verhandlungen darüber einzutreten, ob die vom Reichrat geforderte Erhöhung des Kulturfonds auf eine Million RM gesichert werden könne. Er hob besonders die Notlage von Stadt und Bezirk Koblenz hervor.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit den Fragen des Wohnungsbaues in Verbindung mit der Denkschrift der Regierung über diesen Gegenstand. Ministerialrat Dr. Bötz wies darauf hin, daß die Regierung den jährlichen Zuwachs an Wohnungen heute höher als vor einem Jahre berechne. Nach Untersuchungen des Statistischen Reichsamtes müsse man jetzt mit einem jährlichen Bedarfsanwachs von 200 000 Wohnungen rechnen. Der Fehlbetrag betrage nach Auffassung des Reichsministers etwa 600 000 Wohnungen. Der Behauptung, die Regierung wolle die Wohnungsnot nicht beseitigen, siehe die Tatsache gegenüber, daß sich alle Fraktionen bei Besprechung der Mieterschubgesetze einmütig auf den Standpunkt gestellt hätten, daß der Wohnungsbau die wichtigste Voraussetzung für die Aufhebung der Zwangswirtschaft sei.

Dr. Köhler über das Kriegschadenschlußgesetz

II. Berlin, 10. Jan. Im Reichstagsausschuß für die Entschädigungsfragen begründete Reichsfinanzminister Dr. Köhler die Regierungsvorlage. Er betonte die Notwendigkeit einer endgültigen Schlußregelung der Entschädigung für die Gewalt- und Liquidationsschäden, die der Regierungsentwurf bringen wolle. Das Entschädigungsproblem müsse in einer für den Haushalt des Reiches endgültigen Form abgeschlossen werden, wenn nicht schwere Gefahren für die Zukunft erwachsen sollen. Eine abschließende Regelung lasse sich aber auch im Interesse der Geschädigten selbst nicht länger hinausschieben. Infolgedessen könne das vorliegende Gesetz nur ein Schlußgesetz sein. Der Minister ging dann auf den Inhalt der Vorlage ein und stellte fest, daß die Belastung des Reiches sich auf eine Milliarde 661 Millionen belaufe. Davon entfallen 165,5 Millionen auf Zahlungen. Die hierfür erforderlichen Mittel sollen aus allgemeinen Haushaltsmitteln entnommen werden und zwar sollen 180 Millionen bereits im Nachtragsetat für 1927 erscheinen. Die sich bei der Durchführung des Kriegschadenschlußgesetzes ergebende Belastung stelle das Neueste dar, was das Reich tragen könne. Mit der Unmöglichkeit den Gesamtbetrag zu erhöhen, verbiete sich auch

eine Erweiterung des Kreises der Entschädigungsberechtigten und eine Erhöhung der Entschädigungssätze. Der Minister ging in vertraulichen Ausführungen auf die reparationspolitische Seite der Angelegenheit ein. Die vertraulichen Besprechungen wurden nach der Rede des Ministers vom Ausschuß fortgesetzt.

Die Not der Landwirtschaft

Eine Interpellation der Regierungsparteien.

II. Berlin, 19. Jan. Die Regierungsparteien haben im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: „Die deutsche Landwirtschaft ist in höchster Not und am Ende ihrer Kraft. Der Reichsregierung ist dies, wie aus zahlreichen Äußerungen ihrer verantwortlichen Vertreter hervorgeht, bekannt. Sie hat auch wiederholt auf das heftigste erklärt, daß die Erhaltung der Landwirtschaft und ihrer Produktionskraft die wichtigste Voraussetzung für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und der deutschen Volkskraft nach dem unglücklichen Kriegsausgang sei. Es steht auch fest, daß die Wiederbelebung und Erhaltung des Inlandsmarktes in erster Reihe von dem Gelingen der Landwirtschaft abhängt. Wir fragen an: Bis wann wird sich die Reichsregierung darüber schlüssig sein, welche sofort wirkenden und welche für die Dauer wirkenden Maßnahmen sie zu treffen gedenkt, um den Untergang der deutschen Landwirtschaft zu verhüten und das deutsche Volk vor dauernder Nahrungsmittelnot zu bewahren.“

Bressestimmen zur Länderkonferenz

II. Berlin, 19. Jan. Die Berliner Morgenblätter bezeichnen im allgemeinen den Ausgang der Länderkonferenz ohne Unterschied der Parteirichtung als mager.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt u. a., es sei Einigkeit darüber festgestellt worden, daß die Weimarer Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern unbefriedigend sei, ferner, daß sie einer grundlegenden Reform bedürfe und daß eine starke Reichsgewalt notwendig sei. Die aufgestellten Richtlinien werden von dem Blatt im Sinne organischer praktischer Weiterarbeit interpretiert. — Die „Tägliche Rundschau“ sagt, die auf der Länderkonferenz angenommene Entschädigung sei in der grundlegenden Feststellung ein Kompromiß von einer sehr begrenzten Bedeutung. — Der „Tag“ bemerkt, man gehe sich auch innerhalb der Reichsregierung keinem Zweifel darüber hin, daß mit dieser Konferenz vorläufig nicht viel weiter erreicht sei, als daß eine Aussprache stattgefunden habe, die wenigstens die Möglichkeit einer weiteren sachlichen Verhandlung über den Weg der deutschen Innenpolitik gebe. — In der „Kreuzzeitung“ wird erklärt, es sei vorauszuversagen gewesen, daß die Länderkonferenz in der Kardinalfrage der Reformbedürftigkeit der Weimarer Verfassung zu keinem praktischen Ergebnis kommen würde. Daß die Konferenz sich aber auch in den akuten Fragen der Verwaltungsreform und der Entlastung mit der Einföhrung von „Ausschüssen“ begnügen mußte, zeige doch, wie stark die Meinungsverschiedenheiten über den Aufbau und die Neuordnung des Reiches noch seien.

Die Kosten

der kommenden Reichstagsneuwahlen

Im Haushalt des Reichsinnenministeriums werden für die Durchführung der bevorstehenden Reichstagsneuwahlen 2 Millionen RM. angefordert. Nach dem Reichswahlgesetz erstattet das Reich den Gemeinden zum Ersatz der Kosten der Reichstagswahl für jeden Wahlberechtigten einen festen, nach Gemeindegroße abgestuften Betrag, der so berechnet wird, daß mit ihm durchschnittlich vier Fünftel der den Gemeinden entfallenden Kosten gedeckt werden. Alle übrigen Wahlkosten trägt das Reich allein. Von den 2 Millionen, die das Reich zu tragen hat, werden etwa 1,6 Millionen auf die Zahlungen an die Gemeinden entfallen, 300 000 Mark auf die Aufwendungen der Landesbehörden und Abstimmungsleiter und rund 100 000 Mark auf die Aufwendungen des Reichsinnenministeriums und des Reichswahlleiters.

Der höhere Ansatz der Ausgaben gegenüber den Kosten der Reichstagswahlen vom 4. Mai und 7. Dezember 1924, die etwa 1,2 Millionen erforderten, ist auf die Erhöhung der den Gemeinden zu gewährenden Durchschnittssätze zurückzuführen.

Die Verschuldung der deutschen Gemeinden

II. Berlin, 10. Jan. Auf einem Vortragsabend des Reichsverbandes der deutschen Presse im Saale des vorläufigen Reichswirtschaftsrates sprach der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, u. a. über die Höhe der kurzfristigen Verschuldung der deutschen Gemeinden, über welche seit einiger Zeit phantastische Zahlen im Umlauf sind. Auf 1500, ja bis auf 2000 Millionen wurde die Höhe dieser kurzfristigen Kredite angegeben. Dr. Mulert war in der Lage, authentisches Material mitzuteilen. Er erklärte: Das Reichsfinanzministerium hat bei allen Städten über 800 000 Einwohnern eine amtliche Statistik über die Höhe der kurzfristigen Verschuldung aufgemacht, deren Durchführung wir nach jeder Richtung hin unterstützt haben. Danach beträgt die kurzfristige Verschuldung für sämtliche von der Erhebung ergriffenen 59 Städte, deren Einwohnerzahl rund 16 Mill. beträgt, zusammen 525 Millionen. Hiervon gehen noch 25 Millionen ab, deren Abdeckung innerhalb dieses Jahres ohne Ausnahme einer langfristigen Anteihe durch Grundstücksverkäufe usw. erfolgt, so daß insgesamt rund 500 Millionen übrig bleiben. Hierbei handelt es sich mit Ausnahme von 2 Fällen mit einem Gesamtbetrag von 17 Millionen um im Inland aufgenommene Schulden,

wie die „Hohenz. Volksztg.“ berichtet, Bohrungen vorgenommen; das Ziel wurde wegen finanzieller Schwierigkeiten nicht erreicht und auch eine zweite Firma, die Tonerde zum Betrieb einer Tonfabrik gewinnen wollte, erlag demselben Schicksal. Heute steht die Gemeinde wieder in neuen greifbaren Verbindungen. Sie wird dazu beitragen, was sie kann und auch die Einwohnerschaft begrüßt das Unternehmen aufs neue. Die nächsten Bahnhaltungen sind Pfundendorf und Nach-Elz, die mit Auto gut zu erreichen sind.

SW. Klosterreichenbach, 19. Jan. Ein alter Eisenbahnplan wird wieder aufgefrißt; der Bau einer Bahn Klosterreichenbach, Erzgrube, Altensteig, Nagold. Die Einmündung in Klosterreichenbach wäre für weitere Verbindungen vorteilhaft. Das Nagoldtal würde sein Holz besser absetzen können. Man schlägt vor, zunächst nur die Strecke Klosterreichenbach-Erzgrube zu bauen, welches die schwierigste ist. Die Fortsetzung käme dann mit der Zeit sicher.

SW. Bilingen i. B., 19. Jan. Von der Gendarmerie in Königsfeld wurde letzten Freitag ein französischer Deserteur festgenommen und in das Bezirksgefängnis nach Bilingen gebracht. Er hatte sich in das Hosterhaus der Knabenanstalt in Königsfeld eingeschlichen, von seiner Gefährtin, einem Dienstmädchen der Knabenanstalt, verpflegen lassen und dort schon seit vier Wochen kampiert, ohne daß die Leitung der Anstalt etwas davon gemerkt hatte.

SW. Tuttlingen, 19. Jan. Die etwa 85 Personen zählende württ. Enklave Hohentwiel, wozu auch der Bruderhof gehört, ist Teilgemeinde der Stadt Tuttlingen. Alle Kasualen, Todesfälle, Hochzeiten usw. müssen von den Hohentwielern persönlich in Tuttlingen angemeldet werden. Wegen der Anmeldung einer Geburt muß der Vater den 40 km weiten Bahnweg passieren, was mit der Rückfahrt 80 km ausmacht und wobei er einen ganzen Arbeitstag verliert. Auf der halben Wegstrecke Hohentwiel-Bahnhof Singen liegt das Rathaus in Singen. Könnte die Anmeldung dort erfolgen, wäre der Gang in einer halben oder ganzen Stunde abgemacht. Ebenso umständlich sind auch die übrigen Geschäfte mit den Behörden, Krankenkassen usw. Es wäre zu begrüßen, wenn mit diesen mittelalterlichen Sonderzuständen endlich aufgeräumt und der Hohentwiel politisch der Stadt zugeleitet werden würde, wozu er schon längst gehört, das ist die Stadt Singen.

SW. Aus Baden, 19. Jan. In einer Konferenz der Lokalvereine des Stadtgebietes Freiburg teilte der Vorsitzende der Studienkommission der Schaninsland-Bahngesellschaft mit, daß die Erbauung einer Bergbahn auf den Schaninsland endgültig feststehe. Die Finanzierung ist geregelt. Die zum Bahnbau noch fehlende Restsumme von 120 000 M. will man durch Ausgabe von Aktien aufbringen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefe etc.

100 holl. Gulden.	169,47
100 franz. Franken	16,50
100 schweiz. Franken	80,92

Börsenberichte.

Auch gestern gab es an der Börse wenig Geschäft und teilweise wieder Kurseinbußen.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. B.

B. C. Berliner Produktenbörse vom 19. Januar.

Weizen märk. 233-236; Roggen märk. 232-236; Gerste 230-270; Hafer märk. 200-211; Mais prompt Berlin 215 bis 217; Weizenmehl 30-34; Roggenmehl 31-33,75; Weizen- und Roggenkleie 15; Naps 345-350; Viktoriaerbsen 50-56; Kl. Spelbeerbsen 32-35; Futtererbsen 21-22; Pez-luschken 20-21; Ackerbohnen 20-21; Widen 21-24; glane Lupinen 14-14,75; gelbe 15,70-16,10; Seradella 21-25; Napskuchen 19,90-20,10; Weizenkuchen 22,10-22,40; Trockenschmelz 12,20-12,40; Kartoffelflocken 23,30-23,60; Spelseekartoffeln, weiße 3-3,30; rote 3,20-3,50; gelbstielige 3,70 bis 4; Soyaschrot 21,30-21,60 M.; Tendenz: unregelmäßig.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Donnerstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachtstuf wurden zugeführt: 4 Ochsen (unverkauft 4), 1 Bullen, 70 (24) Jungbullen, 65 (22) Jungriinder, 16 Kühe, 257 Kälber, 694 Schweine. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen —, Bullen a 50 (letzter Markt 50-51), 5 45-48 (45-49), Jungriinder a 56-60 (58-61), 5 49-55 (50-56), c 40-48 (42-48), Kühe 5 29-37 (30-33), c 19-28 (20-28), Kälber 5 77-80 (75-78), c 67-75 (65-73), 5 57-64 (55-62), Schweine a 59-61 (59-62), 5 59-60 (59-61), c 57-58 (56 bis 59), 5 54-55 (55-56), c 49-52 (50-53), Sauen 40-50 (42-50) M. Marktverlauf: Kälber beliebt, sonst langsam, Großvieh überhand.

Stand der wichtigeren Tierseuchen in Württemberg.

Nach einer Zusammenstellung des Stat. Landesamts war am 15. Januar der Milzbrand in 2 Oberämtern mit 2 Gemeinden und 2 Gehöften, die Maul- und Klauenseuche in 8 Oberämtern mit 22 Gemeinden und 47 Gehöften, die Räude der Schafe in 1 Oberamt und 1 Gemeinde und 1 Gehöft verbreitet. Ferner traten auf die Schweineseuche und Schweinepest in 2 Oberämtern mit 2 Gemeinden und 2 Gehöften, die Kopfkrankheit der Pferde in 7 Oberämtern mit 14 Gemeinden und 15 Gehöften, sowie die ansteckende Blutarmut der Pferde in 14 Oberämtern mit 24 Gemeinden und 25 Gehöften.

Viehpreise:

Dörzbach a. d. J.: Kühe 350-600, Jungvieh 260-400 M. — Ehingen a. D.: Farren 450-700, Kühe 270-430, Kalbku-

630-600, Jungvieh 245-290 M. — Gaildorf: Ochsen und Stiere 438-560, Kühe 200-680, Rinder und Jungvieh 204 bis 638 M. — Roßweil: schwere Zugochsen 1600-1900, Ansehlänge 850-1100 M pro Paar, trüchtige Kühe 480-650, Wurstkühe 200-320, trüchtige Kalbinnen 500-680, Jungriinder 1/2-1jährig 200-320, 1-2jährig 320-500, junge kräftige Arbeitspferde 700-1100, ältere Pferde 200-500 M.

Schweinepreise.

Biberach: Käufer 45-60, Milchschweine 18-26 M. — Dörzbach: Milchschweine 15-25 M. — Ehingen a. D.: Ferkel 20-25, Käufer 40-45, Mutterschweine 150-180 M das Stück.

Fruchtpreise.

Biberach: Weizen 18-18,50, Roggen 12,20-12,70, Gerste 13,80-17,60, Hafer 10,20-11 M. — Ehingen a. D.: Gerste 12,60-13,80 M. — Wangen i. N.: Hafer 11-12,80, Gerste 13 bis 14, Weizen 14,50-15 M. — Urach: Dinkel 10-10,20, Gerste 12,60-13,50, Hafer 11,20-11,80,insen 18 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtsch. Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftstg.

Kirchliche Nachrichten

Evangel. Gottesdienst

am 3. Sonntag nach dem Erscheinungsfest, 22. Januar 1928.
Bom Turm: 26.

1/10 Uhr: Predigt: Stadtpfarrerverweser Wittmann. Eingangsglied: 26 „Du, meine Seele, singe“.

1/11 Uhr: Sonntagschule.

1 Uhr: Christenlehre (Söhne II. Bezirk).

5 Uhr: Abendgottesdienst (im Vereinshaus): Stadtpf. Lang. Donnerstag, 26. Jan., 8 Uhr abends: Bibelstunde.

Kath. Gottesdienst.

Sonntag, 22. Januar 1928.
8 Uhr: Frühmesse mit Homilie.
1/10 Uhr: Predigt und Amt.
2 Uhr: Andacht.

Montag, 8 Uhr: Gottesdienst in Bad Liebenzell.
Beichtgelegenheit: Samstag 4 Uhr bis 1/6 Uhr und Sonntag früh ab 7 Uhr.

Gottesdienste der Methodisten-Gemeinde.
Sonntag, den 22. Januar.

Born, 9.30 Uhr: Predigt (Harsch); 11 Uhr: Sonntagschule; abends 5 Uhr: Predigt (Harsch).

Mittwoch, 8 Uhr: Bibelstunde.
Stammheim:

Born, 10 Uhr: Predigt; nachm. 1.30 Uhr: Predigt (Harsch).
Mittwoch, 8 Uhr: Bibelstunde.

Turn-Berein Neubengstett
hält am Sonntag, den 22. Januar 1928
im Saale zum „Röble“
feine
Weihnachtsfeier
verbunden m. turnerischen u. Theater-Vorführungen. Das gut ausgefüllte Programm enthält d. bekannte Volksstück
Der Blutenguß zu Breslau.
Der Verein hat sich dieses Jahr viele Mühe gegeben, um die Besucher voll u. ganz zu befriedigen und verläume niemand diese Gelegenheit.
Von mittags 2 Uhr ab
bei gutbefestigter Jazz-Kapelle.
Beginn d. Aufführungen punkt 6 Uhr.
Der Ausschuß.

Blut-Orangen
süß und vollsaftig
3 Pfund 1.- Mk.
Safel-Äpfel
1 Pfund 14, 15, 18 und 20 Pfg.
bei
Wurstler am Markt

Vorgezeichnete und fertige
Handarbeiten,
Handklöppel- und
Stickerispißen
Kurzwaren
empfiehlt
H. Hetzler
Lederstr. 177
Auch Weiß- u. Wund-
schneiderien werden an-
gefertigt

S o m m e r h a r d t
Der
Radfahrerverein
hält am
Sonntag, den 22. Januar im Löwenaal
feine
Weihnachtsfeier
ab, verbunden mit
musikalischen und theatralischen
Aufführungen sowie Gabenverlosung.
Beginn 6 Uhr **Tanz** ab 8 Uhr —
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
der Ausschuß

Wegen
Milchüberschuß
abzugeben:
Von einem vor 3 Wochen
aus Ostfriesland erhaltenen
Transport

2 Kühe
mit Kälber
jede 18-20 Liter Milch
gebend, sowie
Kinder
derselben Rasse.
Alfred Gauthier
Gutsbetrieb

Achtung! Achtung!
Auf dem
Wochenmarkt
Sonnabend
Frische Seefische, große
Auswahl, ff. Delfardinen,
la Bismarck-Heeringe,
Kollmüppse, Drahteringe,
Gelee-Heeringe, Nürn-
berger Dösemmaufsalat,
la Stiermärker Eier,
Frische Landeier, Süße
Orangen, Zitronen, Ba-
nanen, la schönes Tafel-
obst etc.
Billige Preise.
Kommen Sie u.

Veteranen- u. Militärverein
Stammheim bei Calw.
Unter Mitwirkung des Musikvereins
Stammheim kommt am Sonntag, d. 22.
Januar 1928 nachmittags von 5 Uhr ab im Saale des
Gasthofs zum **Waldborn**, das bei der Weihnachtsfeier
des Vereins am 15. Januar 1928 vorgeführte
Historische Schauspiel
Kolberg
(5 Akte von Paul Heyse)
nochmals zur Aufführung. Beginn punkt 5 Uhr. Spieldauer
etwa 3 Stunden. Schöne historische Kostüme.
Eintritt 60 Pfennig.
Anschließend gemütliches Beisammensitzen unter Mitwirkung
der Musikkapelle.
Jedermann ist freundlich eingeladen, besonders die Ra-
meraden der Nachbarvereine. **Der Ausschuß.**

Radfahrerverein
Wanderer
Alzenberg
Am Sonntag, den 22. Januar, abds. 6 Uhr
im Saale des Gasthauses zum **Röble** auf
vielfältig. Wunsch Wiederholung d. Theater-
stückes von unserer Weihnachtsfeier:
Frühlingstraum
von Fr. Lehne,
wozu höfl. einladet **Der Verein.**
Eintritt frei. Saalöffnung 1/3 Uhr.
Aus dem Nachlaß der Frau **Sonntag, den 21. Januar**
Emma Hieber Witwe, in **von vorm. 10 Uhr ab zur**
Stammheim kommen am
öffentlichen Versteigerung
unter anderem: 1 compl. **stetie, Bilder etc, Leibern**
Schlafzimmer, 3 Betten, **und sonstige Gebrauchs-**

Pfannkuch
Stal.
**Blumen-
Kohl**
Schöne weiße
Köpfe
Stück von 40 Pfg.
an
Rotkraut
Kopfsalat
Rote Rüben

Pfannkuch
Suche sofort oder später
einen
Knecht
v. 14-17 Jahren für 4 ha
Landwirtschaft, gute Be-
handlung.
Freig. Köhler
Simmozheim.
Eine guterhaltene
Baumühle
und zwei starke
Läufer-
schweine
verkauft
Georg Kentschler

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die unentgeltliche Beratung Lungenkranker findet in der Sprechstunde der

Tuberkulösenfürsorgestelle

am Samstag, den 21. Januar 1928, nachmittags von 2—4 Uhr in der Wohnung des Oberamtsarztes in der Panoramastraße statt.

Wohn- und Geschäftshaus



in Unterreichenbach
beste Geschäftslage
gutes Spekulationsobjekt
umfänglich zu verkaufen.

Lorenz Beihöfer, Fabrik, Unterreichenbach.

Stadtgemeinde Neubulach.



Nadelstammholz-Verkauf.

Am Samstag, den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr kommt auf dem hiesigen Rathaus im Submissionswege nachstehendes Stammholz zum Verkauf:

Fichten, Tannen und Föhren:

Langholz 178 Stück I. Kl. 43,70 Fm. II. Kl. 101,94 Fm. III. Kl. 66,39 Fm. IV. Kl. 12,04 Fm. V. Kl. 3,28 Fm.
Eichholz 10 Stück I. Kl. 1,37 Fm. II. Kl. 4,90 Fm. III. Kl. 1,52 Fm.

Gemeinderat.

Geschäftsübernahme u. Empfehlung

Der geehrten Einwohnerschaft von Calw und Umgegend die gefl. Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage das

Kurz-, Weiß- und Wollwarengeschäft von Fräulein Emilie Herion

übernommen habe und es in unveränderter Weise weiterführen werde.

Es wird mein Bestreben sein, der geehrten Kundschaft nur gute und preiswerte Ware anzubieten und bitte daher das in so reichem Maße Fräulein Emilie Herion geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

Calw, den 19. Januar 1928.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Mitschele.

Sehe bis auf weiteres

auf sämtliche Waren 20 % Rabatt.

Für Regentage

Summimäntel, imprägnierte Lodenmäntel
imprägnierte Reifemäntel
Pelcerinen, Herren- und Knabenwindjacken
Damenwindjacken
Sporthosen—Sportstrümpfe—Sportstutzen
warme wollene Socken und Strümpfe

Paul Ränchle, a. Markt, Calw

Hirau, den 19. Januar 1928.



Todesanzeige.

Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter

Elisabethe Gottwick

im Alter von 84 Jahren nach kurzer Krankheit in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Heinr. Gottwick
mit Frau und Kindern.

Beerdigung Samstag nachmittags 3 Uhr.

Verein für Geflügelzucht und Vogelschutz Calw.



Am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet die

Generalversammlung

mit Gabenverlosung, bei Anton Raier, zum „Scharfen Eck“ statt. Hierzu werden die werten Mitglieder mit Angehörigen freundlich eingeladen. Zugleich findet auch Aufnahme des zur Ausstellung am 5. Februar kommenden Geflügels statt. Der Ausverkauf versammelt sich schon um 2 Uhr zu einer Sitzung.

Der Vorstand: Grammer.

! Schuhwaren- Ausverkauf !

Verkaufe mein gesamtes Schuhwarenlager wegen Aufgabe des Schuhhandels zu ganz enorm herabgesetzten Preisen. Verkauf nur gegen bar.

J. G. Fischer, Badstraße 366.

Reparaturen werden nach wie vor rasch und gut ausgeführt.

Glücklich ist nur der gesunde Mensch

Nicht Reichthümer, machen glücklich, sondern Gesundheit, deshalb trachte jedermann danach, seine Gesundheit zu erhalten und achte beizeiten darauf, daß das Blut in richtiger Zusammensetzung ist

Seciferrin

sehr angenehm schmeckend, macht nicht korpulent, und leistet die hervorragendsten Dienste, indem es das Blut verbessert, den Appetit hebt und den Körper widerstandsfähig macht
In Apoth. u. Drog. Preis Mk. 1,75, gr. Fl. Mk. 3.—
GALENUS Chem. Industrie, Frankfurt-M

Empfehle Jedermann mein neuzeitlich eingerichtetes

Damen- und Herrenfriseurgeschäft

Gute und reelle Bedienung.

Adolf Fluhrer, Bad Teinach.

LUGER

Frische Fett-Büchlingle

½ Pfd. 54 Pfg.

Rieler Sprossen

¼ Pfd. 20 Pfg.

5 Prozent Rabatt

Um der Kundschaft etwas besonderes zu bieten, gewähre ich während des

Inventur-Ausverkaufs

vom 17. bis 30. Januar auf sämtl. im Preise nicht zurückgesetzte Waren beim Einkauf von 5 Mk. an einen Rabatt von

20%

Ältere Bestände die unbedingt geräumt werden müssen, habe ich ohne Rücksicht 50% ermäßigt, auf die Selbstkostenpreise bis zu 50% sodaß Ihnen eine selten günstige Einkaufsgelegenheit sich bietet.

Empfehle:

Stoffe für Bett- und Leibwäsche, Tischdecken
Wachstücher, Strumpfwaren,
Handschuhe, Strickgarne, Taschentücher
Trikotunterwäsche, Herrenhemden,
Kragen, Kravatten, Hosenträger,
Restposten Strickwesten, Schürzen,
Kinderwäsche besonders billig,
Kinderkleidchen — Sweater.

Ernst Koß Calw, Lederstraße 103

Nähmaschinen Erfagteile und Reparaturen

Ehr. Widmaier Mech. Werkstätte

Lehrerin sucht sonnige 2—3-Zimmer Wohnung mit Küche.

Angebote unter H. 1. 15 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zafelllavier

Älteres, noch sehr gut erhaltenes zu verkaufen. Gest. Angebote unter W. 15 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbet.

Möbel raus!

Rur noch Sage!

Großverkäufe!

bis 30% Rabatt

Alles Recht Kopf!

Brüder C. F. Landes Möbel G.m.b.H.
Pforzheim Durlacherstr. 8 Tel. 614